

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Aufstellung unter Streifenband für Deutschland 4.80 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wochenzeiger das festgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leuzungsanschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Berliner Arbeiterschaft!

Solidaritätserklärung

der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission erblickt in dem Verhalten der Berliner Metallindustriellen und des Oberkommandos gegenüber den streikenden Metallarbeitern einen planmäßigen, großzügigen Versuch, die Arbeiterschaft rechtlos zu machen und sie zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten herabzubringen. Dadurch wird die Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter seitens der gesamten Arbeiterschaft erforderlich. Mit allen Mitteln müssen diese Ansprüche abgewehrt werden. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission verlangt von der gesamten organisierten Berliner Arbeiterschaft tatkräftige Unterstützung der Streikenden. Der Ausschuss ruft sofort die Gewerkschaftskommission zusammen, damit diese auch zu dem Streik Stellung nehmen kann.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgegend.

Die Generalkommission über die Bedeutung des Metallarbeiterstreiks.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“, herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften, schreibt zum Berliner Metallarbeiterstreik:

Nicht nur die Mäßigung des Lohnes ist das Ziel der Unternehmer, sondern ihr Kampf richtet sich auch gegen die Organisation der Metallarbeiter. Bei dem Siemensstreik im Juli d. J. mußten circa 30 000 Arbeiter in dem Streik treten, um die Maßregelung von 42 Vertrauensleuten der Organisation und Betriebsräten rückgängig zu machen.

Die Maßnahmen der Unternehmer richten sich nicht nur gegen die Berliner Metallarbeiter, sondern gegen die Arbeiterschaft im allgemeinen. Aus allen Teilen des Reichs wehren sich die Angehörigen, daß die Unternehmer genau wie in Berlin vorgehen wollen. Gelingt es den Scharfmachern der Berliner Metallindustrie, ihre Ziele durchzusetzen, dann werden die Unternehmer im Reich dadurch angeporrt, gleichen

Ziele anzustreben. Wehren die Berliner Metallarbeiter diesen Schlag erfolgreich ab, so ist dieser Erfolg gleichzeitig der Erfolg der deutschen Arbeiterschaft. Dessen sind sich die Berliner Metallarbeiter voll bewußt, darum haben die am höchsten entlohnten Gruppen den Kampf eröffnet. Die Metallindustriellen Deutschlands sowie die gesamte Unternehmerschaft ist befreit, die Arbeiterschaft in die vorrevolutionäre Abhängigkeit zurückzuführen.

Einig und unter Wahrung höchster Solidarität der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands wird diese den Kampf gegen das gemeinsame Kapital aufnehmen müssen.

Diese Auslassung der höchsten Gewerkschaftsinstanz deutet sich vollkommen mit unserer Auffassung, die wir seit Beginn des Kampfes vertreten haben. Und darum war es richtig, daß die Metallarbeiter die gesamte Berliner Arbeiterschaft zur Bekundung ihrer Solidarität aufgerufen haben. Damit wird diese Auslassung zu einer Brandmarke des Vorgehens des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Versammlungen am Donnerstag. Eugen Ernst hat keine Ahnung von der Tragweite der Bewegung für das gesamte Proletariat, sondern operiert auf Grund von Spittelberichten mit Flinten- und Soldaten gegen die um die Erkennung ihrer Organisationen und um das Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter. Er ist nichts als der Hüter der Scharfmacher.

Die Streiklage.

Die durch die brutale Anwendung von Gewalt gegen die Versammlungen am Donnerstag hervorgerufene Erregung in den Kreisen der Metallarbeiter wächst, so daß weitere Anmeldungen zum Eintritt in den Streik in großer Zahl bei der Streikleitung eingeht. Und die Erregung bekommt ständig neue Nahrung durch weitere Gewalttaten. So fand heute vormittag in den Pharusälen, Müllerstraße, eine Versammlung der in den Karosseriebetrieben beschäftigten Metallarbeiter statt, die sich mit der Wiederaufnahme der Arbeit befaßten wollte, da die Forderungen nach den Unternehmern bewilligt sind. Diese Versammlung wurde durch die Sicherheitswehr verhindert. Der Arbeiterschaft wurde somit die Gelegenheit genommen, die Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen. Die Leitung hat sich sofort mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung gesetzt, der natürlich das Verhalten seiner Getreuen billigt. Er trägt es doch trefflich dazu bei, den ruhigen Ausweg des Kräftemessens zu verhindern. Und das ist das gemeinsame Ziel der Behörden und der Scharfmacher.

Die Lodspigel der Sicherheitspolizei.

Auf unsere aufsehenerregende Meldung über die Entlassung des Wachtmeisters Körner der Sicherheitspolizei als Lodspigel, folgte gestern prompt das übliche Dementi. In ihm wird behauptet, daß der betreffende Polizeiwachtmeister sich nicht in dem Versammlungsraum befunden habe, sondern vor dem Lokal auf der Straße von einer Frau, die ihn erkannte, entlarvt wurde.

Damgegenüber stellen wir nochmals fest: Der Polizeiwachtmeister Körner war in Zivil, mit einer Browningpistole bewaffnet, in der Metallarbeiterversammlung in den Pharusälen. Hier hat er sich durch ausbeherische Reden auffällig gemacht. Nach Auflösung der Versammlung hielt er vor dem Versammlungskolal wiederum aufreizende Reden. Daraufhin wurde er von den Besuchern der Versammlung, die ihn als den Schreiber in der Versammlung wieder erkannten, gestellt und schließlich als der Polizeiwachtmeister Körner entlarvt.

Aber nicht nur dieser eine Lodspigel war in jener Versammlung. Ein ganzes Militärauto von Polizeispigeln wurde nach erfolgter Auflösung der Versammlung wegtransportiert. Nur einige blieben in der Menge zurück, von diesen erlitt den Polizeiwachtmeister Körner das Geschick.

Es bleibt also bei der Feststellung, daß militärische Lodspigel die friedlichen Versammlungsteilnehmer zu provozieren versucht haben.

Fortdauer des Seemannsstreiks.

Hamburg, 3. Oktober.

Von 77 Fischdampfern befinden sich gegenwärtig zwei auf Raht, alle anderen liegen still. Die Lage ist unverändert.

Täglich finden Verhandlungen statt, ohne daß bisher ein Ergebnis erzielt worden wäre.

Keine Einigung im englischen Eisenbahnerstreik.

Brag, 4. Oktober (Meldung des Holländisch Neutsoffice). Aus London wird gemeldet: Ähnlich wurde gestern nachmittag mitgeteilt, daß Vertreter der Transportarbeiter und anderer Gewerkschaften auf dem Lloyd George besuchten und später eine Konferenz mit dem Vollzugsausschuss der Eisenbahner gemacht haben. Diese Konferenz dauerte bis 12 Uhr und wurde dann auf Sonnabend vertagt. Thomas erklärte, daß keinerlei Übereinstimmung erzielt worden sei und nichts weiter mitzuteilen wäre.

Sozialdemokratischer Parteitag in Dänemark.

Kopenhagen, 3. Oktober.

Der dänische sozialdemokratische Parteitag ist hier eröffnet worden in Gegenwart von 408 Delegierten, die 111 000 Mitglieder vertreten. Aus Deutschland sind als eingeladene Gäste erschienen Adolf Ritter und Otto W. Is. Der Vorsitzende, Reichstagsmitglied Olsen, eröffnete den Kongress mit einer Begrüßungsansprache, in der er mitteilte, daß die Partei seit 1916 15 000 neue Mitglieder erhalten habe. Er schloß mit folgenden Worten: Ich heiße namentlich unsere deutschen Gäste willkommen, indem ich der Ueberzeugung Ausdruck gebe, daß die Lösung der nordischen Frage gute nachbarliche Beziehungen zwischen unseren Ländern schaffen wird. Wir begleiten mit lebhafter Sympathie die Arbeit unsterblicher Brüder, die Bunden des Krieges zu heilen.

Technische Nothilfe.

Die „Technische Nothilfe“, das neueste Brunnstück der Sozialpolitik der deutschen Republik, fängt an, eine Rolle zu spielen. Man verliert die Öffentlichkeit ganz allmählich durch offiziös inspirierte Zeitungsnotizen auf ihr kommen vorzubereiten mit einem stillen Pathos, das der Ankündigung des Erlösers aus aller wirtschaftlichen und sozialen Not wert wäre. Die Rolle eines solchen Erlösers soll die „Technische Nothilfe“ allerdings spielen, eines Erlösers des armen bedrängten Unternehmertums aus den Klauen der unheimlichen Arbeitermassen.

Was die Technische Nothilfe sein soll, zeigen einige Aktenstücke über ihr Werden und Wollen, von denen wir einstmals folgende Grundzüge zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen wollen:

1. Die Technische Nothilfe beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe durch Notstandarbeiten. Lebenswichtige Betriebe sind ausschließlich gemeinnützige Betriebe: Gas, Wasser, Elektrizität, Eisenbahn, Post, Telegraphie, Berg- und Hüttenwesen, Landwirtschaft. Nicht dem Arbeitgeber gewinnbringende, produktive Arbeit wird geleistet, sondern ausschließlich Notstands- und Erhaltungsarbeiten.

2. Alle Hand- und Kopfarbeiter sämtlicher Bevölkerungsschichten, Männer — auch Frauen (für Telefon, Post, Landwirtschaft, Berggänge) —, insbesondere aber die Arbeiterschaft werden zur Nothilfe herbeigerufen, um ihren Fähigkeiten und der Körperkraft entsprechend wertvolle, gemeinnützige Arbeit zu leisten.

3. Aus freiem Willen und innerster Ueberzeugung — in voller Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit — unterwerfen sich die technischen Nothelfer durch Handschlag der zwingenden Verpflichtung zu äußerster Pünktlichkeit und unweigerlicher Arbeitstreue dem Führer gegenüber.

4. Für die Auswahl der Führer kommen nur Fachleute in Betracht — entsprechend ihren technischen und moralischen Fähigkeiten —, sie brauchen nicht Parteizugehörige gewesen zu sein.

5. Grundsätzlich werden die Nothelfer nur an ihrem Wohnort zur Arbeitsleistung herangezogen.

In Ausnahmefällen und nur bei dringender Not werden diejenigen Nothelfer, die sich freiwillig zu auswärtsiger Arbeitsleistung verpflichtet haben, auch außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt.

Jeder Blinde sieht, daß es sich hier um eine großzügige Streikbrecherorganisation handelt. Unter den lebenswichtigen Betrieben, die in den Grundbriegen genannt werden, finden wir alle Produktionszweige und Verkehrsinstanzen aufgeführt, in denen in den letzten Monaten die heftigsten Kämpfe um dringende notwendige Verbesserungen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft stattgefunden haben. Jeder Streik in diesen Betrieben würde nach diesen Grundbriegen der „Technischen Nothilfe“ Gelegenheit zum Eingreifen geben, und wer will voraussagen, daß nicht in besonderen Streitfällen auch noch andere Betriebe als lebenswichtig bezeichnet werden, um die Möglichkeit der Ausdehnung des Wirkungsbereiches der neuen Streikbrecherorganisation zu schaffen.

Die offiziellen Zeitungsmeldungen über die Technische Nothilfe legen Wert auf die Feststellung, daß die Technische Nothilfe auf streng ziviler Grundlage aufgebaut ist und mit dem Militär nichts zu tun hat. Sie sei nicht identisch mit der „Technischen Abteilung“, die den „großen militärischen Bruder“ darstelle, während die Technische Nothilfe, die in der Entwicklung begriffene zivile Schwester sei. Sie sei eine Behörde, die durch Verfügung der Reichsministerien in den nächsten Tagen anerkannt werden wird.

Dem widerspricht eine Geheimverfügung des Reichwehrgruppenkommandos I, die Richtlinien für die Aufstellung und den Einsatz Technischer Nothelfer enthält. Die Verfügung gibt genaue Anweisungen über Zweck und Tätigkeit der „Technischen Nothilfe“. Die Grundzüge über den Aufbau und die Anwendung des Apparates werden sich mit den Grundbriegen, die wir oben abgedruckt haben, Ueber das Unterstellungsverhältnis der Technischen Nothelfer aber sagt die Verfügung wörtlich folgendes:

Die Technischen Nothelfer sind ein Teil (Zweigorganisation) der Zeitfreiwilligen-Verbände und mit diesen den Reichswehrverbänden, in deren Bezirk sie aufgestellt sind, für die Zeit des Einsatzes unterstellt.

Das verwandtschaftliche Verhältnis zwischen Militärgewalt und Technischer Nothilfe ist somit ein recht enges. Das ergibt sich noch deutlicher aus den Anweisungen, die vom Einsatz der Streikbrecherkolonnen handeln. Es heißt dort:

Befehl zum Einsatz wird meist nach Verfügung des Lagerungsstaates durch die Reichswehrbrigade unter Mitwirkung

an Reichwehrgruppenkommando I und sämtliche beteiligten Zivilistenstellen erfolgen... Dagegen, vorhergehende enge Führungnahme der Reichwehbrigade mit den in Betracht kommenden Zivilisten ist notwendig, um festzustellen, wo der Einsatz der Technischen Hilfe im staatlichen oder volkswirtschaftlichen Interesse liegt.

Die zivile Schwester des großen militärischen Bruders, die wie es in den mehrfach erwähnten Zeitungsnotizen heißt — mit ihrer sozialen Liebe das ganze deutsche Volk umfassen möchte, stützt sich also bei ihrer Liebestätigkeit auf Belagerungszustand und Maschinengewehre. Und die Geheimverlegung des Reichwehrgruppenkommandos betont mit besonderem Nachdruck, daß die Vorbereitungen für die Betätigung dieser heimlichen Liebe sorgsam geheim gehalten werden. Dieses lichtschene Weisen kennzeichnet die Sache.

Prämien für Streifbruch in Gestalt von Erwerbslosenunterstützung, Polizeitruppen zum Schutze des Eigentums und der Arbeitswilligen, der Versuch, die Schiedsprüche der Schlichtungsämter zu Bindungen für die freie Anwendung des Streifrechts zu machen, ein Verleumdungsgesetz, das den Arbeiterorganisationen mehr hemmende Verpflichtungen auferlegt, als Rechte gibt, die behördliche Unterstützung der Unternehmungen bei der Ausbreitung des Afford-lohnsystems — das ist die Sozialpolitik der deutschen Republik mit der freiesten Verfassung der Welt. Die „Technische Nothilfe“, die behördlich vorbereitete und gepflegte Streifbrecherorganisation größten Stils, ist in der Tat die würdige Krönung dieses Systems, dieses Werkes frommer katholischer Christen und verkommener Sozialdemokraten, zu denen neuerdings wieder als würdiger Bundesfreund in der Regierung das liberale Schwarzmadertum gestossen ist.

Man gewährt zwar das Streifrecht, verspönt jedoch den Streif selbst durch Verleumdung der Streifenden und durch Verdrehungen der Streifmotive und feiert die „Streifabwehr“, den Verrat als sittliche Handlung. So hat die Streifabwehr durch „alle Teile der Bevölkerung“ — geführt vom Transportarbeiterverband — beim Streif in den Bässen eine höchst unlaubere Rolle gespielt. Und auch das Wort „Technische Nothilfe“ ist bei den Presseörterungen über den Seemannsstreik als Beispiel der brennenden Sehnsucht der bekämpften Unternehmer mehrfach gefallen. Wenn sie noch nicht in Aktion trat, so lag das wohl daran, daß die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen sind.

Aber der Plan ist fix und fertig und die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Die Arbeiterschaft muß damit rechnen, daß bei allen kommenden Gewerkschaftskämpfen die von der Behörde organisierten und unterbäuten Streifbrecherorganisationen auf der Seite der Arbeitgeber stehen werden. Und verstärkt wird die Front der Klassenfeinde des Proletariats durch die Reserven der Reichwehrruppen.

Und was sagen die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen dazu? Wollen sie durch Mitleiduldung dieses Treibens mitschuldig werden? Ist ihre Kriegs- und Revolutionspolitik nicht ohnehin Schuld daran, daß die Gewerkschaften, die allein fähig sind, den Ansturm der organisierten Feinde der Arbeiterklasse abzuwehren, in eine schwere innere Krise gemorren worden sind? Ganz abgesehen davon, daß diese durch die verwerfliche Politik der oberen Gewerkschaftsinstanzen verursachte Erschütterung der gewerkschaftlichen Organisationen der Kraft der Gewerkschaften zum Nachteil gereicht, hat jene Politik vor allem den Boden bereitet für die schädlichen Abspaltungen, die gegenwärtig von unklaren Elementen in den Gewerkschaften betrieben werden.

Die Arbeiterklasse kann den Ansturm seiner Feinde mit Erfolg nur durch starke geschlossene und zielbewusste Organisationen abwehren. Jeder, der in dieser Situation, der schwierigsten die das deutsche Proletariat je erlebt hat, den Versuch macht, die großen gewerkschaftlichen Organisationen durch schädliche Spaltungen zu zerstören und ihre Kraft zu lähmen, begeht ein Verbrechen am Proletariat. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft muß die Lage erkennen und ihre

Taktik danach einrichten. Sie muß sich zur Wehr setzen durch Stärkung der Organisationen und durch unwandelbare Treue zu den Grundzügen und Zielen des proletarischen Befreiungskampfes. Besonnenen Ruhe und revolutionäres Wollen müssen sich verbinden zu einer elastischen Taktik, an der die Pläne der politischen und sozialen Reaktion, die in der „Technischen Nothilfe“ eine neue Ausdrucksform und ein neues Instrument gefunden haben, zerschanden werde.

Wie sieht es in Ostpreußen aus? Was Noske nicht sagt.

In seiner Rede vor den Groß-Berliner Parteifunktionären der S. P. D. am letzten Sonntag hat Noske erklärt, er habe Befehl gegeben, auf jeden zu schießen, der die ostpreussische Grenze überschreiten wolle. Dieser Befehl Noskes wird von der gesamten „gutgesinnten“ Presse als Beweis dafür angeführt, daß die Regierung alles, was in ihren Kräften stehe, tut, um das baltische Abenteuer zu liquidieren. Wie es aber an der ostpreussischen Grenze in Wirklichkeit aussieht, geht aus folgender Bemerkung der rechtssozialistischen „Memeler Volksstimme“ hervor, die sie an den Bericht über Noskes Rede knüpft:

„Wenn der Befehl Noskes, auf jeden zu schießen, der die ostpreussische Grenze überschreitet, um zu den baltischen Truppen zu gelangen, durchgeführt würde, so läge heute manch einer schon unter dem Rasen. Daß dem nicht so ist, beweisen Vorkommnisse der letzten Tage am Grenzübergang von Bafjoren. Genosse Noske wurde den Mund weniger voll nehmen, wenn er selbst einige Tage sich hier hersehen würde. So lange der Reichsoberkommissar den hier interessierten Kreisen umgeben ist, ist ihm zur Erlangung eines Karren Bildes jede Möglichkeit genommen.“

Als Beweis für ihre Behauptung, die die Erklärung Noskes als Ausschneiderei kennzeichnet, führt die „Volksstimme“ aus der rechtssozialistischen „Insterburger Volkswacht“ reichhaltiges Tatsachenmaterial an, aus dem hervorgeht, daß mit jedem Zuge nach wie vor Transporte Angeworbener zu den deutschen Truppen nach Kurland fahren. Ueberall im Lande werden noch Leute für Kurland angeworben und mit gefälschten Papieren über die Grenze abgeschoben. Das Blatt nennt eine Reihe von Werbeoffizieren in Wittenberge, Berlin usw., die diese Transporte organisieren. Aber nicht nur solche, sondern auch ganze Truppeneinheiten mit voller Bewaffnung.

„Dieser Tage“, so schreibt die „Insterburger Volkswacht“, „traf beim 6. Reservekorps in Rila, wie uns ein Parteifreund von dort berichtet, die Haubitzenbatterie Nr. 1 aus Königsberg ein, ebenso eine Kompanie Bayern. Ein anderer Genosse berichtet uns vom Generalkommando des 6. Res.-Korps: kürzlich war hier ein Offiziersübertritter aus der Provinz bei Major Wischoff und hat, seine Batterie nach Kurland bei der Reichsregierung anzufragen. Major Wischoff entgegnete ihm: „Das geht nicht; aber wenn Sie wollen, kommen Sie nur ruhig. Vier Waggon werden ich schon besorgen.“

Die ganzen kurländischen Truppen denken auch nicht im Traum daran, dem Regierungsbefehl auf Räumung nachzukommen. Es ist offenes Geheimnis, daß sie nötigenfalls alle zu der russischen Armee Sibers übergehen wollen. Man gedenkt dort Krieg gegen die Letten und Esten zu spielen.

Die „Geheimen Nachrichten“ vom General-Kommando des 6. R.-K., die bei den Truppenführern des Korps zirkulieren, besagen dieser Tage: Es ist dem General-Kommando genau bekannt, daß Letten und Esten an der Demarkationslinie Truppen ver sammeln, etwa 30—40 000 Mann stark. Die vorderen deutschen Posten sollen jedoch nicht verläßt werden, um es zu einem Angriff kommen zu lassen. Das General-Kommando ist darauf vorbereitet und hat in den hinteren Räumen größere Truppenverbände versammelt, um sofort zum Gegenangriff übergehen zu können.

Wenn die Letten dem Grafen Voth und dem Herrn Wischoff den Gefallen nicht tun, werden die Herren nach einem anderen Vorwand greifen, um den Vormarsch auf Riga aufzunehmen. Schützengräben werden ausgehoben, größere Munitionsmengen in die Front geschafft. Alle Welt weiß es, nur der Noske und die deutsche Regierung nicht.“

Die geschickten Maßnahmen der konterrevolutionären Soldateska beschränken sich aber nicht auf Kurland. Man ist in Ostpreußen überzeugt, daß die konterrevolutionäre, in Besitz einer sicheren Basis im Baltikum, sofort daran gehen wird, zunächst in Ostpreußen den Rückzug herbeizuführen. Zu diesem Zweck werden die Reichwehrruppen in Ostpreußen dauernd in konservativem Sinne bearbeitet, die Signalkosten werden die Formationen mit reaktionären Zeitungen versorgt, und zwar auf Befehl der militärischen Stellen. Die ostpreussische Parteifunktionäre veröffentlichen einen Divisionsbefehl der 2. Infanterie-Division vom 15. Mai, gez. v. Donme, der folgendermaßen beginnt:

1. Folgende Formationen haben ab sofort bis 1. Juni monatlich auf zwei Tageszeitungen zu abonnieren (es folgen die Formationen, die zur 2. Inf.-Div. gehören).

2. Die Komp. Batt. Eseladr. können sich die Zeitungen selbst wählen. Die Division schlägt vor: Das „Ostpreussische Tageblatt“, Erscheinungsort Insterburg, die „Ostpreussische Zeitung“ und die „Königsberger Volkszeitung“, Erscheinungsort der beiden Königsberg.“

Wie aus den heutigen Tag werden die gesamten reaktionären Blätter auf Staatskosten bei den Truppen verteilt, daneben noch die „Offenen Worte“ und die „Deutsche Tageszeitung“. Die Landratsämter arbeiten hierbei Hand in Hand mit den Offizieren, um den Truppen die gewünschte gegenrevolutionäre Stimmung zu erzeugen. So sieht der „Schuhwall“ aus, den die Regierung vor der „bolschewistischen Gefahr“ in Ostpreußen errichtet.

Was die Mitschuldigen sagen.

Unsere Feststellungen über den Aufmarsch vor der Gegenrevolution in der gestrigen Abendausgabe werden durch die offiziellen B. V. N. in folgender Weise fertiger Weise aus der Welt zu schaffen versucht:

Die „Freiheit“ setzt in ihrer Abendausgabe vom 8. Mai ihre hindänglich bekannten Versuche fort, die Reichsregierung in Ausland zu diskreditieren. Sie schreibt, daß Noske geäußert haben soll, daß er nichts schärfer wünsche, als daß noch im Baltikum sich befindenden deutschen Truppen samt und sonders in die russische Armee übertritten, da er ihrer sonst mehr Herr wäre. Daneben bringt sie ein Schauermärchen über die Bewaffnung der Einwohnerwehr als zuverlässiges Organ gegenrevolutionäre Bestrebungen.

Demgegenüber wird festgestellt:

1. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen im Baltikum erlassen, daß der Uebertritt der Soldaten zu den Russen streng verboten ist und daß die zur Zeit bei den russischen Truppen sich befindenden Reichsdeutschen nach Deutschland zurückzuführen haben.

2. Die Einwohnerwehren, die lediglich Polizeigarnisonen dienen, sind nur insofern bewaffnet, als dies der Polizeidienst erfordert. Die Behauptung, alle unsere Waffenbestände seien der Einwohnerwehr verteilt, ist eine ebenso haltlose wie schätige Verleumdung.

Die Behauptung, daß wir mit unseren Veröffentlichungen über das Treiben der Gegenrevolution die Regierung im Auslande diskreditieren wollten, wirkt nachherade lächerlich. Sie ist nur ein Beweis für die Hilflosigkeit der Regierung, die keine Machtmittel in der Hand hat, die Anwohner der gegenrevolutionären Umtriebe zu unterbinden und sich daher auf Ableugnen von Tatsachen verlassen muß, die aller Welt bekannt sind.

Im übrigen ist es recht interessant, daß die Neukuriositäten Noskes über den Uebertritt deutscher Soldaten zur russischen Armee nicht bestritten wird. Die aus dem Baltikum laufenden Nachrichten beweisen, daß ein großer Teil der Truppen in diesem Sinne handelt. Was den

Die Volkshochschule Groß-Berlin.

Dieser Tage wurde in einer Sitzung von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden und der Arbeiterorganisationen, Sachverständigen auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens und Vertretern der Wissenschaft, die Gründung der Volkshochschule Groß-Berlin endgültig beschlossen und der Sachverständigenrat, dem eine von einer früheren Versammlung gleicher Art eingesetzte Kommission vorbereitet hatte, angenommen.

Wie aus den einleitenden Referaten einiger Mitglieder der Statutenberatungskommission hervorgeht, waren die Arbeiter der Kommission geleitet von der Idee, daß die Volkshochschule der Bevölkerung nicht von oben her als Gabe irgend einer autoritativen Mächtigkeitsdarstellung werden dürfe. Alles Müssen war darauf gerichtet, die Volkshochschule als einen aus den beteiligten Bevölkerungsteilen heraus emporwachsenden Bau zu organisieren.

Dieses Ziel war nur zu erreichen durch eine Organisation, die den Massen des arbeitenden Volkes durch ihre anerkannten Vertretungsorgane und Organisationen einen starken Einfluß auf die Gestaltung der Schule gibt. Das Bedürfnis soll die Art und Form der Bedürfnisbefriedigung bestimmen. Ohne irgendeine in den Arbeitermassen lebendige Gebantenrichtung auszuscheiden oder einseitig zu bevorzugen, mußte dafür gesorgt werden, daß alle Strömungen und Organisationsformen ausreichende Vertretung in den leitenden Organen der Volkshochschule finden.

Die Leitung der Volkshochschule ist keine Behörde und sie untersteht nicht der Oberaufsicht einer Behörde. Die Grundlage der Organisation ist ein Verein, in dem nach den Satzungen der Gemeinden, die Arbeiterorganisationen und die Bildungsorganisationen der Groß-Berliner Arbeiterschaft die korporative Mitgliedschaft etablieren können. Ein Ausschuss, der aus Delegierten der angegliederten Organisationen gebildet wird, ist Mitgliedsversammlung und leitende Mächtigkeitsdarstellung zugleich. Die angegliederten Gemeinden senden für jedes angefangene Hunderttausend ihrer Einwohner einen Vertreter bis zur Höchstzahl von 8 Delegierten in den Ausschuss. Die Arbeiterorganisationen mit mehr als 5000 Mitgliedern entsenden je einen Vertreter. Unter ihnen befinden sich die Arbeitergewerkschaften aller Richtungen, die Magdeburgerverbände und die Ortsorganisationen der mittleren und unteren Beamten. Insgesamt werden bei 35 Vertretern entsenden. Dazu kommen 20 Vertreter der Bildungsorganisationen der Groß-Berliner Arbeiter-

schaft. Die Bildungsausschüsse der beiden sozialdemokratischen Parteien werden hier voranzugehen, aber es ist die Möglichkeit gegeben, jederzeit anderen Organisationen gleicher Art, auf die Voraussetzungen des Statutes zutreffen, eine ihrer Bedeutung entsprechende Zahl von Plätzen in diesem Kreis der Ausschussmitglieder einzuräumen. Die Oberausschüsse, der Vorkörper, die Organisation des freien Volkshochschulwesens stellen weitere Mitglieder des Ausschusses. Persönlichkeiten der Wissenschaft und des freien Volkshochschulwesens können zur Mitarbeit mit sich und Stimmrecht im Ausschuss herangezogen werden.

Somit ist ein Kreis von Personen an die Spitze der Volkshochschule gestellt, durch dessen Zusammenziehung die volle Garantie dafür gegeben ist, daß alle Wünsche und Willensrichtungen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung in der Leitung der Volkshochschule fähigbar werden. Auf solche Art ist fest fundiert in den Massenorganisationen des Proletariats im weitesten Sinne des Wortes, wird die Volkshochschule Groß-Berlin eine Stätte bilden, in der sich alle geistig Strebenden in den Massen zu freier Betätigung bereinigen können.

Eine weitere Gewähr dafür bietet die Methode des Lehrens, die in der Volkshochschule besonders bevorzugt werden wird. Es wird keinen Pensumzwang, keine Examina und keine Berechtigungszeugnisse, kein unkritisches Hinnehmen des Gebotenen geben, sondern Lehrerschaft und Schölerschaft werden sich verbinden zu freier Arbeitsgemeinschaft in gegenseitiger Anregung. Eine Synthese von Freiheit und Führung im organisatorischen Aufbau, wie in der wissenschaftlichen Arbeit der Schule, wird der Volkshochschule Groß-Berlin den entscheidenden Charakter geben. Nach den Belieben sieht die neue Volkshochschule ihrem Zweck in der Ausbildung des Denk- und Urteilsvermögens, in der Ordnung und Deutung des Wissens, nicht im Anlernen lächerlichen Tatsachensinnens.

Der Vorstand der Volkshochschule, die leitende Spitze des organisatorischen Aufbaues, wird aus der Mitte der Ausschussmitglieder gewählt. Auch in ihm sind alle die Organisationen und Gruppen, die Träger der großen Bewegung sind und ihre Vertreter in den Ausschuss senden, in wohlüberlegter Verteilung vertreten. 18 Vertreter der Gemeinden, der Arbeiter, der Hörer, der Referent und der Wissenschaft bilden mit dem Geschäftsführer den Vorstand.

Die Volkshochschule Groß-Berlin wird mit der Universität in enger Verbindung stehen. Die Beauftragten

stelle für das Volkshochschulwesen an der Universität wird die Grundsätze hinüber und herüber bilden. Das innere Verhältnis zwischen beiden Instituten ist es möglich, daß in den einzelnen Arbeitsgruppen sowie in der leitenden Zentrale der Beratungsstelle Arbeitervertreter aus den verschiedenen Kreisen der Ausschussmitglieder der Volkshochschule sich und Stimme bekommen werden.

Es ist zu hoffen, daß die Volkshochschule Groß-Berlin im Laufe ihres gründlichen Vorarbeiten im Januar des nächsten Jahres ihre Tätigkeit beginnen kann. Die Arbeiterschaft hat in der Hand, durch die Entsendung geeigneter Vertreter die Volkshochschule zu einem wichtigen Mittel der geistigen Aufwärtsbewegung der arbeitenden Massen zu gestalten. Es gibt keinen Grund zum Absteigen, aber tausend Gründe zur Mitarbeit und mit zur Nachbarmachung der neuen Volkshochschule für die geistige Hebung der in geistiger Unmündigkeit gehaltenen, mit dürftiger Volkshochschulbildung abgefundenen Arbeiterschaft.

Eine internationale Volkshochschule in Dänemark.

Nach den Berichten dänischer Zeitungen soll bei Kopenhagen eine internationale Volkshochschule errichtet werden, die dazu bestimmt ist, eine internationale Bildung zu schaffen. Die Einrichtung der Schule wird der dänischen nationalen Volkshochschule, die sich eines internationalen Ansehens erfreut, entsprechen.

Als Unterrichtsfächer sind vor allen Dingen fremde Sprachen, Geschichte, Soziologie und Gesundheitslehre in Aussicht genommen. Die jungen Proletariat, deren Unterricht selbstverständlich geistlich sein wird, werden gleichzeitig in der Schule wohnen und dort verpflegt werden. Der Unterricht soll von Lehrern aller Länder gegeben werden. Die Kosten werden durch eine nationale internationale Begehung in Dänemark aufgebracht. — Dieser Plan, dem nur allen Erfolg wünschen kann, wird die Wiederherstellung internationalen Beziehungen zwischen den Völkern erleichtern und das Gefühl der Solidarität unter den Arbeitern aller Länder stärken und festigen.

In der Volkshochschule wird als nächste Erstaufführung ein Schauspiel „Paul Lange und Zora Barsberg“ von Friedrich Adler und Helene Schöner in den Hauptrollen am Sonntag, den 11. Oktober, gegeben.

Qual der Wahl.

Der Eintritt der Demokraten in die Regierung hat gewisse Leute in große Schwierigkeiten verwickelt. Sie fanden vor der Wahl, zwischen mehreren Kandidate wählen zu müssen. Am schlimmsten ist es hierbei dem Kasseler Oberbürgermeister Koch ergangen. Auf seine Zusage hin, war er von der Düsselbacher Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt worden, hat es jetzt aber doch vorgezogen, die Ernennung zum Reichsminister des Innern anzunehmen. Herr Koch ist ein sehr behaunswürdiger Mann, denn außer für diese beiden Posten hatte er sich auch für den Posten des Befehlshabers in Stocholm beworben. Arme Demokraten, die nicht alle erstrebenswerten Ämter zu gleicher Zeit bekleiden können.

Verfolgung der ungarischen Volkskommissare.

Budapest, 3. Oktober. Das ungarische Korrespondenzbureau meldet: Die Staatsanwaltschaft hat die Polizei veranlaßt, die auf der Flucht befindlichen Volkskommissare, deren Stellvertreter und andere Männer, die hervorragende Stellungen in der Räteherrschaft inne hatten, verfolgen und verhaften zu lassen. So den stellvertretenden Volkskommissar des Innern Julius Ulyasz, dessen richtiger Name Moses Adler ist, den stellvertretenden Volkskommissar und gewesenen Leiter der Wiener Gesandtschaft Alexius Bangar, den Volkskommissar für Ernährung, wesen Morik Erdely, den Volkskommissar für Heereswesen Alexiber Fiedler, den Präsidenten des regierenden Rates Alexander Garbai, den Volkskommissar für Ernährungswesen Stefan Kulcsar, den Volkskommissar für Unterricht Georg Lukacs, den Volkskommissar für Handel Matthias Rakosi, den Volkskommissar für Ackerbau Kaci Bantus und den Volkskommissar für Finanzen Bela Szekely, sowie den früheren Leiter der Polizei Ernst Seibler.

Budapest, 3. Oktober. Die Polizei verhaftete heute den gewesenen Präsidenten des ungarischen Arbeiter- und Soldatengeneralrates Stefan Biermann, der sich seit dem Sturze der Räteherrschaft in einem Dorfe der Umgebung Budapests versteckt hielt.

Beendigung des Streiks in Lothringen. Der Generalstreik der Eisengruben ist vorläufig beendet und auch die Kohlenarbeiter haben seit Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. Die von den Arbeitern geforderte Lohn-erhöhung ist bewilligt worden, doch haben die Grubenleitungen sofort nach Abschluß des Vertrages bekanntgegeben, daß gleichzeitig mit dem Eintreten der Lohnhöhung auch eine Preiserhöhung der Kohlen eintreten müsse.

Aus der Parteipresse.

Die heute erschienene Nr. 40 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Kämpfe um die Dokumente von Bud. Breitscheid; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationalen von Artur Crispian; Ludendorffs Kriegserinnerungen von Willi Meyer; Aus der Internationalen.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag L. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 6 M. zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pf.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifbewegung der Angestellten in den Zeitungsbetrieben.

Die Angestellten in den Zeitungsbetrieben waren gestern abend wiederum in der Schlichtungs-Brauerei in der Hasenheide versammelt, um zu dem Stand der Bewegung Stellung zu nehmen. Die Verhandlungsvertreter teilten folgendes Ergebnis mit:

Die Arbeitgeber lehnen das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in bezug auf Einstellungen und Beförderungen ab, erheben dagegen das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und Abfindungen an. Weiter wurden die Gehaltsvorläufe der Arbeitgeber der Versammlung mitgeteilt. Diese wurden als unzulänglich bezeichnet. Die Arbeitgeber haben ihr Gehaltsangebot zwar für ihr letztes Wort erklärt, wollen sich aber, falls von der heutigen Versammlung diese Angebote abgelehnt werden sollten, einem paritätischen, unparteiischen Schlichtungsausschuss unterwerfen.

In der Diskussion sprachen sich fast alle Redner mit einer Ausnahme für den sofortigen Eintritt in den Streik aus.

In später Stunde wurde eine geheime Abstimmung über den Streik vorgenommen.

Abgegeben wurden im ganzen 1408 Stimmen, davon waren für den Streik 988, für Schlichtung 400 und ungültig 90. Da nach den gewerkschaftlichen Statuten ein Streikbeschluss mit dreiviertel Majorität gefaßt werden muß, so fehlten an der absoluten Majorität 70 Stimmen. Somit ist der Streik abgelehnt und die weitere Behandlung des Konfliktes bleibt dem unparteiischen Schlichtungsausschuss überlassen.

Lohnkampf der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Eine überfüllte Vertretungsmänner-Versammlung beschloß sich gestern abend mit dieser Angelegenheit. Folgende berichtete über die Verhandlungen mit dem Magistrat. Auf die vor kurzer Zeit eingereichten Forderungen sind Gegenanträge gemacht, welche 20-30 Pf. pro Stunde niedriger sind. Als Begründung wurde die schlechte Finanzlage der Stadt angegeben, welche es nicht erlaube, 25 Millionen für Löhne neu auszugeben. Die vom Magistrat gemachten Vor schläge würden jedoch 20 Millionen betragen — er hat die Lohnhöhung für unzulässig erklärt. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Der Referent wünscht den Lenkungs-Ausschuss als Schlichtungsgericht anzusetzen. In der Diskussion wurden von mehreren Rednern der Magistrat und die Stadtverordneten scharf kritisiert und sofortiges Eintreten in den Streik verlangt. Von den Vertretern der Gewerkschaften, Westfälischer Werk wird Antworten des Schlichtungsausschusses empfohlen, sonst würde die Sympathie der Bevölkerung nicht auf Seiten der Arbeiter sein. Gewissen Weise und Wurm erklärten sich mit den Forderungen einverstanden und versprochen, soweit es sich mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbaren läßt, für Verwirklichung einzutreten und empfehlen, das Schlichtungsgericht anzusetzen. Prolat (E. P. D.) spricht im selben Sinne. Als er von der großen Verantwortung für Leben und Gesundheit der Bevölkerung sprach, wurde er mit dem Ausruf: „Freud für Freund“ denn noch Leben und Gesundheit? unterbrochen und am Weiterreden gehindert. Nachdem noch für und gegen das Schlichtungsgericht gesprochen, wurde ein Antrag der Tarifkommission angenommen, welcher einen Schlichtungsbescheid bis Mittwoch fordert. Bis dahin werden weitere Schritte vorbehalten.

Major Bielhaber war bisher Verbindungsoffizier beim Brüdenkopf Köln. Er fürchtet jetzt um seine Stellung und bietet sich daher für eine Funktion an, die für die Einhaltung des Friedensvertrags und damit für das gesamte deutsche Volk höchst gefährlich werden kann. Man könnte derartige Angelegenheiten ja als private Girngespinnste bezeichnen, wenn nicht gerade jetzt wieder durch die verhängnisvolle Diktatur der dokumentarische Nachweis erbracht worden wäre, daß zur Befundung unserer Verhältnisse dem politischen Einfluß der Militärs unbedingt der Boden entzogen werden muß.

Die Hege gegen das Mitbestimmungsrecht.

Die Verächtlichmachung des Arbeiterausschusses der Firma Dannenberg und Quandt in der Veröffentlichung des „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe vom Freitag ist auch dem „Vorwärts“ zugegangen. Er druckt sie zwar ab, aber sie gilt ihm nicht, denn er stammt von Arbeitern — und noch dazu von unabhängigen Arbeitern — während das Protokoll, auf das er seine Anklage gegen den Arbeiterausschuss stützt, deutlich erkennen läßt, daß es von den Unternehmern sorgfältig vorbereitet und für einen bestimmten Zweck zurechtgestutzt ist.

Und dieser Zweck ist die Einleitung eines heimtückisch angelegten Verstoßes gegen das Mitbestimmungsrecht. Das Betriebsrätegesetz steht zur Beratung und der Stimm einer aufgeregelten Unternehmeropposition lobt gegen alle seine Bestimmungen, die den Arbeitern ein — ah, so beschöndertes Recht des Einspruchs bei Entlassungen geben soll. Das Berliner Tageblatt, das in allen sozialen Fragen im Tone einseitigster Scharfmacher gegen Arbeiterrechte Stellung nimmt, greift die Sache freudig auf. Jubelnd begrüßt es dieses „Material“, das sich die Kommission zur Beratung des Betriebsrätegesetzes „bei ihren weiteren Beratungen nicht entgehen lassen“ darf, wie das Blatt lässig bemerkt. Dazu hat der „Vorwärts“ kein Wort zu sagen.

Darum glauben wir nicht, daß dem „Vorwärts“ hier ein Ausdruß ins Reck gelegt worden ist, daß er in seiner Blinden Wut gegen alles, was in der Arbeiterschaft links von ihm steht, ausbrüht, ohne die Folgen zu bedenken. Auch er glaubte, sich das Material „nicht entgehen lassen“ zu dürfen, um den Umfall der mehrheitssozialistischen Abgeordneten in der Frage des Mitbestimmungsrechts vorzubereiten und sich zugleich den neuen demokratischen Regierungsteilhabern gefällig zu erweisen.

Die Lage wird immer deutlicher. Man will den leidigen Zwist in der Arbeiterschaft benutzen, um Gründe für die Verweigerung des Mitbestimmungsrechts zu finden. Man will beweisen, daß die Arbeiterschaft für Handhabung dieses Rechts nicht fähig ist. In der gleichen Richtung bewegt sich ein Kompromißantrag der Kommission zur Beratung des Betriebsrätegesetzes, das die Aufstellung und Bildung von eigenen Gruppen von Angestellten- und Arbeitervertretern zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen fordert. Auch hier also der Versuch, Gegenläufe zu schaffen, um die Front der Arbeitnehmer zu spalten. Das geschieht gegen den deutlich ausgesprochenen Willen der großen Masse der organisierten Angestellten, aber es entspricht den Wünschen kleiner Gruppen sogenannter leitender Angestellten, die sich zu einer Organisation zusammengepfiffen haben, in ihrem Verhältnis zu den übrigen Angestellten, die alle Qualitäten der Selben zur Schau trägt.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft zu geschlossenen Ansbewegungen für ein verbessertes Betriebsrätegesetz entschließt, um allen diesen offenen Feindseligkeiten und dunklen Treibereien entgegenzutreten.

Zur Washingtoner Arbeitskonferenz.

Durch die Presse geht eine Hoffmeldung, bezugslos der Internationale Gewerkschaftsbund beschloßen hat, die angeschlossenen Gewerkschaften zu ermächtigen, für die Washingtoner Arbeitskonferenz Delegierte zu ernennen. Dieser Beschluß wird damit motiviert, daß Vertreter der belgischen und französischen Regierung den Genossen Jouhaug und Martens erklärt haben, daß die Delegierten Deutschlands und Deutschösterreichs auf der Konferenz dieselben Rechte haben sollten, wie die Delegierten der anderen Länder. Außerdem steht fest, daß auch für die Leitung des internationalen Arbeiterbureaus ein Vertreter Deutschlands in Frage komme.

Demgegenüber ist festzustellen, daß bis heute noch keine offizielle Einladung an die deutsche Regierung oder den deutschen Gewerkschaftsbund ergangen ist. Es ist also den Forderungen des internationalen Gewerkschaftskongresses keineswegs entsprochen.

Sie waren nicht auf dem Dache.

Herr Solimann, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ Mitglied der Rationalversammlung und Inhaber anderer Würden schied uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes folgende Verächtlichmachung:

„Die in dem Kuffage „Kampfmethode der Scheinsozialisten“ (Nr. 463) der „Freiheit“ aufgestellte Behauptung, daß die gesamte Redaktion über ich in den Augusttagen 1914 auf das Dach unseres Hauses geflohen seien, ist unrichtig. Nichtig ist, daß diese Behauptung schon seit Jahren als erfunden nachgewiesen ist.“

Auf den übrigen Inhalt unseres Artikels, der eine Schimpferei der „Rheinischen Zeitung“ gegen den Genossen Stöcker zurückwies, geht diese Verächtlichmachung nicht ein, woraus zu schließen ist, daß der Artikel bis auf die Angabe, daß die Herren Redakteure der „Rheinischen Zeitung“ im August 1914 auf dem Dache zesseßen haben, vollkommen den Tatsachen entspricht.

Demnächst erscheint:

Eichhorn über die Januar-Ereignisse 2. — Mark.

Vorausbestellungen erbitten sofort!

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Abt. Buchhandel. Berlin NW 6.

Beis auf Roskes Schiebeseßel betrifft, so sei nur auf die obenstehenden Nachrichten der ostpreussischen rechtssozialistischen Presse verwiesen.

Das Dementi hinsichtlich der Bewaffnung der Einwohnervwehren ist föhlich in seiner naiven Unberücksamtheit, die auf einen schon polizeiwidrigen Grad von Dummheit bei den Lesern spekuliert. Mit der kaufmännischen Phrasen, daß die Einwohnervwehren nur insoweit bewaffnet sind, als es der „Polizeidienst“ erfordert, kann alles mögliche gerechtfertigt werden. Was bei den Einwohnervwehren seit geraumer Zeit gespielt wird, ist der revolutionären Arbeiterkämpfe so gut bekannt, daß es keiner weiteren Feststellungen mehr bedarf, um das wahre Wesen dieser militärischen Organisationen zu charakterisieren.

Der Mann mit dem Ideal.

Es handelt sich natürlich nur um Herrn Philipp Scheidemann. Er veröffentlicht in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ einen Leitartikel, worin er den Demokraten verspricht, daß seine Parteifreunde ehrlich und voll guten Willens die neue Koalition hineingehen würden. Hinterher aber beweuert er, daß seine Partei ihrem Ideal treu bleiben werde und dieses Ideal bleibe die Arbeiterregierung, zu der die ganze Arbeiterklasse Vertrauen habe. Man der Verwirklichung dieses Ideals zu arbeiten würde ihn keine Parteikonstellation und keine Parteipolitik abhalten. Die Einigung der Arbeiterklasse über Konstellationen und Taktik. Majer Zusammengehen mit Zentrum und Demokratie darf keine Abgabe an das Ideal bedeuten, sonst stünde vor uns die furchtbare Frage: Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gemönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?

So spricht Scheidemann. Er ist wie der Pflaffe in der Kirche, der des Sonntags von der himmlischen Glückseligkeit redet und wochentags das irdische Elend fördern hilft. So spricht Scheidemann des Abends vom Sozialismus und der Einigkeit der Arbeiterklasse, während ihm mit dem ganzen übrigen Tages aber verzicht an diese Ideale. Dann verrät er eines nach dem anderen und er an diese Ideale. Die Sozialdemokratie schändet und die Arbeiterklasse auseinanderreißt. Besonders deutlich zeigte sich das während des Krieges. Herr Scheidemann, der Idealist, stand an der Spitze derer, die die Kriegspolitik der Regierung eifrig unterstützten, dadurch dem Sozialismus unendlich Schaden zufügten und die Einheit der Arbeiterbewegung sprengten. Nach dem Zusammenbruch im November 1918 wandte er seine ganze Energie auf, um die schnelle Verwirklichung des Sozialismus zu verhindern. Er half die revolutionäre Arbeiterkämpfe blutig niederschlagen und führte das kapitalistische Bürgertum wieder in die Stellungen zurück, die es bei dem Zusammenbruch an die Arbeiterschaft abtreten mußte. Innige Sozalgemeinschaft verbindet ihn mit seinem Freunde Roske, der niemals die Gewalt Herrschaft des Militarismus hätte wiederherstellen können, wenn er nicht bei dem Ministerpräsidenten Scheidemann Schutz und Aufmunterung gefunden hätte.

Das ist der Mann mit dem Ideal. Die deutsche Arbeiterklasse weiß, was sie von ihm und seiner Partei zu halten hat.

Johyllisches aus der Wilhelmstraße.

Die „Bosische Zeitung“ schreibt: In der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes gibt es immer noch ein Referat für Sozialisten, Anarchisten, Spionage und sonstige Polizeisachen. Als Referent fungiert gegenwärtig ein Herr v. Britzwich. Dem referiert der Referent über seinen Minister!

Die Frage der „Bosischen Zeitung“ illustriert treffend die föhlichen Zustände, wie sie in den Ministerien heute noch herrschen. Die alte feudale Bureaokratie hat das Sest noch immer in den Händen.

Unheilvoller Einfluß.

Der Einfluß des Militärs auf die Politik ist von jeher als unheilvoll bezeichnet worden. Aber dieser Einfluß war noch nie so groß, wie gegenwärtig, wo es den Militärs, dank der Unterstützung, die sie bei Roske finden, möglich geworden ist, bei allen entscheidenden Fragen das letzte Wort zu reden. Das dabei in den meisten Fällen nicht das Wohl der Gesamtheit, mit dem sie nach außen hin so gerne prunken, sondern ihre unreinen persönlichen Wünsche und Ziele die ausschlaggebende Rolle spielen, mag aus einem Schreiben hervorgehen, das der Major Bielhaber am 20. August an den Major Wilfa, dem persönlichen Adjutanten Roskes, richtete und in dem es heißt:

„Die Entmilitarisierung der gesamten Dienststellen im besetzten Gebiet steht bevor. Es entsteht die Frage, was mit den deutschen Generalstabsoffizieren in den Brüdenköpfen geschieht, nachdem die Dienstgeschäfte, die bisher die Abteilungen des militärischen Brüdenköpffiziers bearbeiteten, föhlich von zivilen Stellen getätigt werden, die nicht mehr vom A. R. reorganisieren, sondern von zivilen Zentralstellen, im wesentlichen soweit orientiert sind, vom Reichsstaatsamt. Letzteres scheint der Ansicht zu sein, daß dann die Offiziere auf dem linken Rheinufer überflüssig seien.“

Hier liegt die große Gefahr, daß es nicht gelingt, Generalstabsoffiziere an die stets wichtigen Posten in A. R. und Roske zu erhalten und sie in Mainz und Landau geradezu einzurichten.

Man mag diese Dienststellen umbezeichnen, etwa Verbindungs- und Offiziere des Reichskommissars bei den feindlichen Armeen nennen; wegschaffen dürfen sie nicht. Ihre Hauptaufgabe, deren verteilte Erwählung zunächst nur für sie bestimmt ist, besteht in der Ueberwachung der feindlichen Heere. Ich würde es für eine unverantwortliche Unterlassung halten, wenn das Reich auf diese Ueberwachung verzichten wollte. Welche Entwürdigung die hohe Politik nehmen wird, läßt sich zur Zeit überhaupt nicht übersehen. Es ist aber denkbar, daß sich im Innern eine Entwicklung vollzieht, die der Entente den Gebauten an einem Einmarsch nahe legt. Oder aber es können Vagen eintreten, die eine Revolution des Friedensvertrages möglich erscheinen lassen. Es ist einleuchtend, daß für alle durch die Reichsleitung dazu zu fassenden Entschlüsse die militärische Beurteilung der Lage eine wichtige Rolle spielen wird. Einen Teil der hierfür erforderlichen Unterlagen müssen aufmerksame Generalstabsoffiziere und zwar in jeder Zone einer, die bei den betreffenden feindlichen Armeen beglaubigt sind, dem Reichsminister liefern. Ihre Tätigkeit wäre also zweifacher Natur: Verbindungs- und Offiziere für den Reichskommissar, Nachrichten- und Ueberwachungs- und Abwehrungsarbeiten erstrecken würde, ist föhlich übersehbar. Puppelhaft sichere Persönlichkeiten sind natürlich Roskebinarner.“

